

Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Band 89

15 Jahre deutsche Einheit

Deutsch-deutsche Begegnungen,
deutsch-deutsche Beziehungen

Herausgegeben von

Günther Heydemann und Eckhard Jesse



Duncker & Humblot · Berlin

GÜNTHER HEYDEMANN / ECKHARD JESSE (Hrsg.)

15 Jahre deutsche Einheit

Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Band 89

15 Jahre deutsche Einheit

Deutsch-deutsche Begegnungen,
deutsch-deutsche Beziehungen

Herausgegeben von

Günther Heydemann und Eckhard Jesse



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2006 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-5774

ISBN 3-428-12130-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Inhaltsverzeichnis

<i>Günther Heydemann und Eckhard Jesse</i>	
Einführung	7
<i>Peter März</i>	
Territorien, Nation, Föderation, Europa. Plädoyer für Ergänzungen zu einer deutschen Gesamtgeschichte	19
<i>Thomas Schaarschmidt</i>	
Regionalkultur und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR	69
<i>Arnulf Baring</i>	
Deutschlands Rolle in der Welt. Deutschlands Fundament – die USA	93
<i>Alexander Gallus</i>	
Die Tradition des „deutschen Weges“. Neutralistische Bestrebungen bei SPD und Grünen	107
<i>Johannes Urban</i>	
Sicherheit in Freiheit – die doppelte Herausforderung. Erfahrungswerte der deutschen Nachkriegsdemokratie	129
<i>Florian Hartleb</i>	
Die westdeutsche Friedensbewegung. Entstehung, Entwicklung und Unterwanderungsversuche	159
<i>Irene Gerlach</i>	
Familienpolitik in Deutschland. Bilanz eines schwierigen Politikfeldes	177
<i>Andreas Kötzing</i>	
Innerdeutsche Film- und Festivalbeziehungen nach dem Grundlagenvertrag: ARD und ZDF auf der Leipziger Dokumentarfilmwoche	207
<i>Jörn-Michael Goll</i>	
Kontrollierte Kontrolleure. MFS, Zollverwaltung und das System der doppelten Überwachung an der Grenzübergangsstelle Marienborn	225

<i>Eckhard Jesse</i> „Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“. Die Beziehungsgeschichte der beiden deutschen Staaten	259
<i>Werner Müller</i> Neue deutsche Parallelhistoriographie. Zeitgeschichte aus PDS-naher Sicht	277
<i>Ehrhart Neubert</i> Alltag und Herrschaft in der DDR. Unterschiedliche Alltagsstrategien	305
<i>Karl Wilhelm Fricke</i> Medium der DDR-Forschung. Zur Geschichte des „Deutschland-Archiv“	345
<i>Günther Heydemann</i> 25 Jahre Gesellschaft für Deutschlandforschung. Das geteilte und vereinigte Deutschland im Spiegel einer wissenschaftlichen Vereinigung	361
Herausgeber und Autoren	377

Einführung

Von Günther Heydemann und Eckhard Jesse

Am 3. Oktober 2005 jährt sich die deutsche Einheit zum 15. Mal. Noch heute kommen uns die damaligen Vorgänge nahezu wie ein Wunder vor. Zu fest zementiert schien das kommunistische System zu sein. Fünfzehn Jahre zuvor – 1975 – schien die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ in Helsinki auf den ersten Blick die Nachkriegsverhältnisse festzuschreiben, doch bot sie den Menschen in Osteuropa durch den „Korb 3“ zugleich eine Legitimitätsgrundlage für vielfältige Möglichkeiten widerständiger Artikulation und Aktionen an. Die Sowjetunion war dem Wettkampf der Systeme nicht gewachsen. Michael S. Gorbatschow wollte das kommunistische Regime reformieren und trug damit – wenn auch wider Willen – zu seiner Abschaffung bei. Die Einheit Deutschlands wäre ohne die Absüttelung des SED-Regimes in der DDR unmöglich gewesen. Dieser Umsturz wiederum setzte ein grundlegendes Umdenken in der Sowjetunion voraus.

Der zeitliche und thematische Bogen dieses Bandes ist weitgespannt. Er reicht vom Kaiserreich bis zur „Berliner Republik“. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt gleichwohl entsprechend den Intentionen der Gesellschaft für Deutschlandforschung auf der DDR bzw. den neuen Bundesländern. Wer früher von „Deutschland“ sprach und die DDR unberücksichtigt ließ, unterschlug damit eine wesentliche deutsche Komponente. Daß dies bei Menschen in der DDR Verdruß hervorrief, darf nicht verwundern. Der Untertitel „Deutsch-deutsche Begegnungen – deutsch-deutsche Beziehungen“ bringt die mannigfache Verschränkung der beiden deutschen Staaten zum Ausdruck. Die DDR war ein künstliches, nur durch die Sowjetunion am Leben gehaltenes Gebilde.

Dieser Band greift bis in die Zeit vor 1918 zurück. Dies hat auch damit zu tun, daß sich die vielfältig begründete These vom „Sonderweg“ zumal in der Bundesrepublik Deutschland lange einer gleichsam kanonischen Geltung erfreute. Deutschland habe einen „Sonderweg“ eingeschlagen, der schließlich in den Nationalsozialismus mündete. Doch in den letzten Jahren setzte sich mehr und mehr die folgende Auffassung durch: Einen europäischen „Normalweg“ gibt es nicht. Deutschland könne trotz der leidvollen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus nicht in jeder Hinsicht als ein Gegenbild des „Westens“ gelten. In an-

derer Hinsicht wurde durch die Wiedervereinigung 1990 ein Sonderweg beendet – der Weg von der „einen Nation in zwei Staaten“.

Die Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden nach 1945 wie ihre sich teilweise parallel vollziehende, teilweise im nachhinein von 1989/90 an forcierte „Aufarbeitung“ in Gestalt der DDR-Forschung trägt nach Auffassung des Münchener Historikers *Peter März* in einem verengten Bild deutscher Geschichte bei. Er hält namhaften Teilen der heutigen Historiographie vor, in einer Art – negativer – Analogie zur klein- wie großdeutschen Geschichtsschreibung des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts mit ihren nationalistischen Übersteigerungen nunmehr ihrerseits negativ auf das Bismarckreich, sein Entstehen wie seine Wirkungen fixiert zu sein und dabei die eigentliche, europäisch grundierte Pluralität deutscher Staatlichkeit mit ihren kulturellen und föderalen Implikationen nicht wahrnehmen zu können oder zu wollen. Genau jenes, wesentlich aus der frühen Neuzeit und dem Alten Reich rührende Erbe habe aber in beachtlichem Maße die politische Kultur der alten Bundesrepublik geprägt und sei es wert, im wiedervereinten Deutschland weitergeführt zu werden. Wer hingegen einer sogenannten „Berliner Republik“ das Wort redet, vernachlässige föderale Traditionen.

Der Anspruch, alle gesellschaftlichen Bereiche politisch zu durchdringen und dem Gestaltungsanspruch der herrschenden Partei zu unterwerfen, gehört zu den markantesten Merkmalen moderner totalitärer Weltanschauungsdiktaturen. Diese Feststellung sagt indes wenig über die Praxis der „Durchherrschaft“ aus. Erst ein Blick in die Feinmechanik der Beziehungen zwischen „Herrschern“ und „Beherrschten“ gibt Auskunft darüber, ob, in welchem Ausmaß und warum es NSDAP und SED gelang, die Gesellschaft nach ihren Leitvorstellungen zu transformieren. Aufschlüsse über diese Prozesse versprechen gerade Untersuchungen jener Politikfelder, die für die Etablierung und Sicherung der diktatorischen Herrschaft nur von sekundärer Bedeutung waren.

Der Leipziger Historiker *Thomas Schaarschmidt* geht am Beispiel der komplexen Beziehungen zwischen den kulturpolitischen Ansprüchen und den Interessen traditioneller regionalkultureller Organisationen den Fragen nach, welche Strategien der „Durchherrschaft“ beide Staatsparteien anwandten, welche Bedeutung die Kooperationsbereitschaft einzelner gesellschaftlicher Gruppen für die Realisierung dieser politischen Absichten hatte und welche Veränderungen solche Zielprojektionen im Zuge ihrer Durchsetzung erfuhren. Trotz ideologischer Vorbehalte erkannten sowohl die NSDAP als auch die SED den unschätzbaren Vorteil, den eine propagandistische Nutzung etablierter Heimat-Stereotypen bot. Indem politische Postulate mit vertrauten Bildern der eigenen Region und ihrer Traditionen zu neuen regionalen Identifikationsangeboten verschmolzen wurden, ließ sich auch jenen Bevölkerungskreisen ein Integrationsangebot unterbreiten, die der diktatorischen Herrschaftsordnung indifferent oder ablehnend gegenüberstanden. Davon erhofften sich die Kulturfunktionäre neben

einer Stabilisierung des politischen Systems die Mobilisierung der Bevölkerung für praktische Aufgaben beim Aufbau der neuen Ordnung sowie ein Engagement der traditionellen Träger der Heimatbewegung für die Propagierung eines identitätsstiftenden und zugleich systemkonformen Heimatbewußtseins.

Die Rolle Deutschlands in der Welt wird aufgrund der Last der NS-Vergangenheit einerseits nach wie vor zum Teil mißtrauisch beäugt, andererseits wegen vielfältiger internationaler Aufgaben und Verpflichtungen geachtet. Im Gegensatz zu früheren Epochen ist die Bundesrepublik Deutschland eng mit dem Westen im allgemeinen und den USA im besonderen verbunden. Durch nationalistischen Hochmut hat sich die Bundesrepublik Deutschland niemals ausgezeichnet. Ein weiterer Einschnitt ist mit der deutschen Einheit des Jahres 1990 verbunden. Die vereinigte Bundesrepublik übernimmt von nun an vermehrt außenpolitische Verantwortung.

Der Berliner Politikwissenschaftler und Historiker *Arnulf Baring* spürt dem außenpolitischen Wandel Deutschlands nach. Nach 1945 trat die Einbindung in ein äußeres Sicherheitssystem des westlichen Teils Deutschlands ein, der eine innere Stabilisierung folgte. Die Bundesrepublik Deutschland sah sich von nun an nicht mehr in einer gefährdeten Mittellage, zudem würde die Bindung an die USA weithin akzeptiert. In den siebziger und achtziger Jahren setzten jedoch Veränderungen ein. Sowohl der Vietnam-Krieg als auch der NATO-Doppelbeschluß beförderten amerikakritische Stimmungen, zumal im linken intellektuellen Milieu. Gleichwohl blieb das Bild der Bundesrepublik in den Vereinigten Staaten weithin positiv. Allerdings ist die entscheidende Rolle Washingtons bei der zügigen deutschen Vereinigung im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit nicht angemessen präsent. Zwar machte sich die rot-grüne Regierung nach dem 11. September 2001 für die Politik der Vereinigten Staaten uneingeschränkt stark, doch bereits ein Jahr später rückte die Regierung im Wahlkampf von den USA insofern ab, als sie zu verstehen gab, daß sie die USA im sich abzeichnenden Irak-Krieg nicht unterstützen werde. Für Baring ist das ein schwerer Fehler gewesen. Dadurch habe man das Vertrauen der USA verspielt und eine mögliche außenpolitische Isolation über kurz oder lang begünstigt.

Bundeskanzler Gerhard Schröder rief vor den Bundestagswahlen im September 2002 allgemein einigiges Aufsehen und Erstaunen hervor, als er die Friedens- und Sicherheitspolitik seiner Regierung kurzzeitig als „deutschen Weg“ apostrophierte. Er sorgte nicht zuletzt deshalb für Verwunderung, weil dieser Begriff regelmäßig mit jenem eines „deutschen Sonderwegs“, der in der „deutschen Katastrophe“ endete, in Verbindung gebracht wird. Allein die Terminologie des „deutschen Weges“ dürfte Befürchtungen gesteigert haben, daß die Bundesrepublik Deutschland Gefahr laufe, sich vom Pfad der konsequenten, vor allem transatlantischen Westbindung zu entfernen.